

Vorschau auf Ausgabe 3/2010 der Alternativen
Kommunalpolitik (erscheint am 5.Mai 2010).

➔ posteingang

Lose bringen lokale Wirtschaftskreisläufe in Schwung

Schwerpunktthema Vergaberecht & Faire Vergabe in AKP 2/2010

Alle Bestrebungen grüner Vergabepolitik sollten darauf gerichtet sein, das haushälterische und wettbewerbsorientierte Recht zu einem Vergaberecht für Qualität und für Nachhaltigkeit zu entwickeln. Nicht das billigste oder das wirtschaftlichste Angebot soll zum Zuge kommen – gesucht wird im (fairen) Wettbewerb das Angebot, das die wirtschaftlichen, ökologischen, sozialen, energetischen und nutzerorientierten Qualitäten aufweist, die der Auslober vorgibt.

Berücksichtigt werden müssen von der grünen Politik auch die Effekte öffentlicher Aufträge für den örtlichen und regionalen Wirtschaftskreislauf. Mehr als 22 Mrd. € fließen jährlich allein in Bauaufträge der bundesdeutschen Gemeinden. Das sind 2/3 aller öffentlichen Bauaufträge. Finanziert werden diese



Ausgaben überwiegend aus dem lokalen Steueraufkommen.

Gemeinden haben deshalb ein legitimes Interesse daran, die Aufträge im Ort oder in der Region zu konzentrieren, weil das öffentliche Geld dann für Umsatz und Beschäftigung und damit auch für erneutes Steueraufkommen vor Ort sorgt. Das einzige Mittel, um diesen Wirtschaftskreislauf vergabekonform zu

unterstützen, ist die Aufteilung der Aufträge in Fach- und Teillose. Die sog. Mittelstandsförderung, die im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen und in den Verdingungsordnungen VOB und VOL festgeschrieben ist.

Bestrebungen der Bundesregierung, der Verbände der Bauindustrie und anderer interessierter Kreise, den Vorrang der losweisen

Ausschreibung und Vergabe öffentlicher Leistungen durch PPP oder vergleichbare konzernfreundliche Vergaben „en bloc“ zu verwässern, müssen die Grünen deshalb standhaft widersprechen.

Gerhard Joksch

Stadtbraurat a.D., Münster, www.gerhard-joksch.de

Ferner sind in AKP 3/2010 u.a. folgende Beiträge geplant:

- Bremen: Initiative zur Grundsteuerreform
- Köln: U-Bahn-Bauskandal
- Kreis Offenbach: Erfahrungen mit Schul-PPP